

FRAGE STUNDE

Beginn: 12.55 Uhr

Ende: 13.55 Uhr

1) Nichtbeantwortung von Anfragen gemäß § 16

GR. **Grosz** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Grosz**: Ich habe das nächste Problem mit dem Statut und der Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass Anfragen gemäß § 16 schriftlich auch ordnungsgemäß beantragt werden und zwar in darauffolgenden Sitzungen, drei an der Zahl, sehr geehrte Damen und Herren. Nicht zuletzt diese Bestimmung hat die Fraktionsvorsitzenden/Klubobleute dazu veranlasst, bei der Einhaltung der Beantwortung von Anfragen und Anträgen darauf zu verzichten, dass wir sie am Ende der Sitzung alle vorlesen. Das Versprechen habe ich noch im Ohr, wenn wir darauf verzichten, sie alle zu verlesen, dann garantiert uns auch der Bürgermeister, dass diese Anfragen, die quasi in einem abgewandelten Interpellationsrecht gestellt werden, ich sage extra abgewandelt, dass diese Anfragen auch ordnungsgemäß schriftlich beantwortet werden. Ich glaube, darüber waren wir uns ja alle einig. So und jetzt haben wir den nächsten Fall, dass es Anfragen auch des BZÖ gibt und ich nehme an, von anderen Fraktionen, vom 17.2.2011 betreffend „Körpergeld“ bei der Entsendung von Aufsichtsräten, 9.6.2011 betreffend Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers in den Bezirken Gries, Puntigam und Liebenau, alles Anfragen. 7.7.2011 betreffend Einhaltung der Sonntagsöffnungszeiten, 22.9.2011 betreffend die Sinnhaftigkeit von Petitionen der Stadt Graz an die Bundesregierung, etc. Also Anfragen, die eigentlich üblich sind in einem demokratischen Apparat, im Parlament, in den Landtagen überall, es gibt auch nirgends eine Beschwerde, weder vom Präsidenten des Steirischen Landtages noch von anderen Gemeinderäten, noch von den Nationalratspräsidenten, dass es zu viele Anfragen geben würde. Ich gebe nur

einen Vergleich. Im Nationalrat gibt es, haben wir mit voriger Woche die Anfragensumme von 10.076 Anfragen in einer Legislaturperiode erreicht und die werden selbstverständlich beantwortet, weil es ein Grundrecht des kontrollierenden Organs ist, die Verwaltung auch zu kontrollieren. In Graz nicht, in Graz werden diese Beantwortungen und diese Fragen nicht beantwortet, zumindest bis zum heutigen Tag bei uns nicht eingelangt, der Tag ist ja auch noch lange und daher, gerade wenn wir in dieser Demokratiedebatte sind, der Bürgermeister fragt die Menschen dieser Stadt in Form einer Parteiumfrage, ist aber nicht bereit, selbst Antworten zu geben und zwar gemäß der Geschäftsordnung. Gerade in diesem Bereich frage ich Sie, Herr Bürgermeister, wann Sie endlich gedenken, die Geschäftsordnung des Gemeinderates beziehungsweise das Statut der Stadt Graz so einzuhalten, dass Anfragen aller Fraktionen fristgerecht, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, auch beantwortet werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Herr Gemeinderat, es ist keineswegs so, dass Anfragebeantwortungen keine Rolle spielen, im Gegenteil, denn es ist ein Informationsbeitrag über den Gemeinderat in Richtung Grazer Bevölkerung, aber es geht mir auch um Relevanz und Inhalt von Beantwortungen. In der letzten Periode gab es insgesamt in einer Periode 1.081 Anfragen und Anträge, in dieser Periode gibt es bis Ende 2011 bereits 1.577. Das Statut, lieber Gerald, gibt übrigens keinerlei inhaltliche Vorgaben bezüglich der Beantwortung, das heißt, ich könnte sogar lapidar einen Zweizeiler dir schicken, dass die Frage zur Zeit nicht relevant ist oder daher auch keine weiteren Recherchen angestellt werden. Das tun wir natürlich nicht, sondern wir geben diese Fragen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, die oft stundenlang mit Recherchen und Antworten beschäftigt sind und das dann auch niederschreiben und ich schicke dir, wenn ich so sagen darf, immer die Antwort aus der jeweiligen Abteilung, auch abgesprochen mit dem jeweiligen Stadtsenatsmitglied. Sie versuchen, das so schnell wie möglich auch zu erledigen.

Konkret zu deinen Beispielen. Die erste Frage habe ich damals mündlich beantwortet und klar gesagt, dass es kein Körpergeld gibt und wenn man als Gemeinderat sich die Zeit nimmt, kann man sehr genau nachlesen, welche Beschlüsse gefasst worden sind und wie viele, es ist im Übrigen auch in allen Zeitungen schon veröffentlicht worden, dass unsere Mandatäre und unsere MitarbeiterInnen für den Fall, dass sie in einem Aufsichtsrat tätig sind, überhaupt keinen Bezug dafür bekommen und dass wir bei allen anderen Bereichen, wenn ich so sagen darf, eigentlich sehr wenig unseren Aufsichtsratsmitgliedern auch bezahlen, wenn sie von außen kommen, das ist alles öffentlich einsichtig, es wurde mit dem Rechnungshof im Übrigen akkordiert und festgelegt. Zu Sonntagsöffnungszeiten ist aus Sicht, es ist gar nie eine Frage eingegangen, wahrscheinlich ging es dir nur um die Kontrolle der Sonntagsöffnungszeiten, auch hier eine rasche Antwort, wir sind sehr bemüht und das hat sich ja auch schon in Graz rumgesprochen, dass am Sonntag Öffnungszeiten nach dem Gesetz eingehalten werden. Die letzten drei Antworten sind zu dir unterwegs. Aber eines stelle ich heute deutlich fest, für Fragen über Finanzen, Abrechnungen und Aufwendungen, deren Zweckmäßigkeit leistet sich die Stadt Graz einzigartig in Österreich ein Hilfsorgan, auf das ich stolz bin, nämlich einen eigenen Rechnungshof und es gibt einen Kontrollausschuss. Ich darf dich ersuchen, deine Fragen, die in erster Linie immer auf die Finanzen der Stadt abzielen, auch in diesem Ausschuss vorzubringen und wenn möglich auch Gemeinderäte miteinzuladen, den einen oder anderen Prüfbericht zu machen, dann ist die gesamte Verwaltung, wenn ich so sagen darf, nicht lahmgelegt oder damit beschäftigt, Anfragen herzugeben. Wir selbst als Volkspartei werden jetzt eine Untersuchung des Rechnungshofes allerdings beantragen, was denn die Gesamtsumme ist, die du durch deine Anfragen und Anträge in diesem Hause ausgelöst hast, wir wollen jetzt einmal wissen, was dabei auch herausgekommen ist, damit wir auch der Öffentlichkeit jetzt einmal sagen können, was das Beschäftigen deinerseits mit abgeschriebenen Formularen aus dem Nationalrat bei uns wirklich ausgelöst hat und das möchte ich dir heute sehr deutlich mitgeben, das heißt, der Rechnungshof wird von uns ersucht werden, genau

zu überprüfen, was du an Anfragen bislang hier der Verwaltung auch gekostet hast und was dabei herausgekommen ist (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Ich bin ja dem Herrgott so dankbar, dass heute der Rechnungshofdirektor des Stadtrechnungshofes dasitzt, der in die Schule des Bundesrechnungshofpräsidenten gegangen ist, im Bundesrechnungshof, der sicherlich feststellen könnte, dass es einzigartig ist, die Demokratie und die Kontrollrechte so in Frage zu stellen, dass man quasi Anfragen nicht beantwortet, obwohl gestellt, sie in einem abgewandelten Interpellationsrecht hier eingebracht sind, nicht beantwortet werden, dass wir im Zeitalter der modernen Telekommunikation, wo die gesamte Buchhaltung der Stadt Graz internetverwaltet ist, man auf Knopfdruck selbstverständlich eine Liste für die Ausgaben von Beratern bekommt, weil sie auch so verbucht werden in den einzelnen Budgettiteln, dass das nicht möglich ist und dass der Bürgermeister hier in vielen anderen Bereichen einen überhohen Verwaltungsaufwand stellt. Wir machen Folgendes, wir werden selbstverständlich, ich nehme den Fehdehandschuh gerne auf, sehr gerne einen Antrag stellen, was die politische Kontrolle der Stadt überhaupt kostet, das dient auch dem Bürgermeister als Grundlage vielleicht, ob er nicht den Gemeinderat überhaupt auflösen will. Ich bin noch einmal dabei, es war in die 20er- und 30er-Jahre auch so. Deswegen, Herr Bürgermeister, ich frage Sie nochmals...

Bgm.-Stvin. Rücker: Herr Gemeinderat, die Zusatzfrage.

GR. **Grosz**: Ja, sind wir schon da, keine Sorge. Ich frage Sie nochmals, gedenken Sie, die Ihnen auferlegte Verpflichtung gegenüber allen Fraktionen, was die Geschäftsordnung betrifft, Anfragen fristgerecht auch zu beantworten, in Zukunft einzuhalten oder glauben Sie, dass es notwendig ist, dass die Gemeinderatssitzungen in Zukunft wieder ein wenig länger dauern, weil diese Anfragen und Anträge alle verlesen werden müssen? Das ist überhaupt kein Problem, was ist Ihnen lieber, das ist meine Frage?

Bgm. Mag. **Nagl**: Erstens, werde ich mich künftig bemühen, gleich hier vor Ort Antworten zu geben, sofern das möglich ist, dann sparen wir uns vielleicht all das. Zweitens, und das ist mir auch wichtig, werden wir im Rahmen der Möglichkeiten der Verwaltung Antworten geben und das möchte ich schon noch einmal betonen, die Fragestellungen, die du da auch 1 : 1 vom Nationalrat hier hereinträgst, sind so vielseitig, dass man nichts auf Knopfdruck machen kann.

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wie dem auch sei, es wird auch versucht, da immer wieder weiß Gott was hineinzuskandalisieren, es ist nie irgendwas herausgekommen, was wirklich dramatisch gewesen wäre. Wenn ich nur daran denke, wie viele Fragen, ich glaube es waren über 30, fast 40, Fragen zum Thema Dienstwägen, die du da gestellt hast. Nein da ist eine Liste von Subfragen drinnen, da kann ein Mitarbeiter auf Reise gehen durch den gesamten Magistrat, um dann zu erfahren, dass wir wahrscheinlich die günstigsten Dienstwägen in ganz Österreich haben, dann draufzukommen, dass selbst

Strafzettel, die du abfragst, wenn einer entstehen sollte, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Fall selber zahlen und, und, und. Aber das geht nicht auf Knopfdruck, sondern da ist jemand, wenn ich so sagen darf, sehr lange damit beschäftigt. Ich werde das kürzer machen versuchen, aber ich sage auch, bei 1.577 Fragen wird so schnell geantwortet so rasch unsere Verwaltung noch nachkommt. Aber es entstehen dabei unheimliche Kosten und darauf sollte auch ein Gemeinderat vielleicht hier einmal darauf eingehen und sagen, ich führe nicht eine Statistik an, sondern wir wollen einmal überprüfen, was ist dabei herausgekommen und was hat es gekostet, damit das auch einmal 1 : 1 die Bürgerinnen und Bürgern wissen, und bitte Prüfanträge im Stadtrechnungshof sind zu stellen, der Stadtrechnungshof wird dann prüfen, aber dass wir die gesamte Verwaltung fast lahmlegen nach einer Gemeinderatssitzung, darum ersuche ich auch im Namen unserer Verwaltungsbeamtenschaft, weil da oft sehr viele politische Themen auch von unseren Beamten dann zu beantworten sind, so einfach ist das nicht. Danke (*Applaus ÖVP*).

2) Freie, vollständige und unmanipulierte Information der GrazerInnen aus dem Grazer Gemeinderat via Live-Übertragung der Grazer Gemeinderatssitzungen

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Live-Übertragung der Gemeinderatssitzung ist nicht nur vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Anliegen, sondern auch für mich als Mandatar, als Sperrspitze, in dieser Fragestellung. Es hat auch hierzu am 17. Februar bereits 2011 einen einstimmigen Beschluss im Grazer Gemeinderat hierzu gegeben, dies auf die Wege zu bringen. Als daraufhin nachfolgend nichts erfolgte, stellte ich am 14. April 2011 einen normalen Antrag in dieser Angelegenheit. Dieser wurde nicht nur aus meiner Sicht völlig inadäquat

beantwortet, sodann ich am 7. Juli 2011 eine Bürgermeisteranfrage richtete und weiters am 22. September in der gleichen Causa.

Die bisherigen Antworten, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sind weder hilfreich gewesen noch ernsthaft und zweckdienlich, nämlich diesen Beschluss, diesen einstimmigen Beschluss des dringlichen Antrages wirklich umzusetzen. Nämlich Live-Übertragung der Grazer Gemeinderatssitzung, wie es in anderen Gebietskörperschaften und in anderen Städten auch üblich ist, wirklich durchzuführen, um eine freie, vollständige und unmanipulierte Information aus dem Grazer Gemeinderat den BürgerInnen wirklich zu erschließen.

Dies ist umso befremdlicher und geradezu ein exemplarisches Zeichen von Bürgerfernhheit – richtiger geradezu als Antipol zur gerade in den letzten Tagen von Ihnen und der Bürgermeisterpartei PR-stark und sicherlich nicht ganz billig publizierten „manipulationsoffenen Bürgerabstimmung“, so würde ich das einmal bezeichnen. Nach meinem heutigen Stand kann Ihnen beziehungsweise dem Grazer Gemeinderat als Vertreter der Stadt Graz avisiert werden, dass zumindest die ersten drei Live-Übertragungen der Grazer Gemeinderatssitzungen ins Internet bereits durch verfügbare Spenden von Grazer BürgerInnen finanziert sind beziehungsweise werden, das heißt ohne das allseits bekannt mehr als nur „klamme“ Budget der Stadt Graz dafür zu strapazieren. In anderweitig bereits einschlägig und positiv in Gang befindlicher Qualität, man braucht sich nur die Übertragungen auch aus dem Steiermärkischen Landtag anschauen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, gibt es für Sie außer den von Ihnen geäußerten budgetären Fragen à la „im Budget der Stadt Graz sind hierfür keine Finanzmittel vorgesehen“ noch andere Gründe, wenn ja welche, die zu Ihrer Verweigerungshaltung gegenüber der Behandlung des einstimmig hierzu gefassten Gemeinderatsbeschlusses führen und würden Sie sich - wenn Ihnen beziehungsweise der Stadt Graz dafür keine Kosten in Rechnung gestellt werden – dem weiterhin verweigern, und wenn ja warum?

Bgm. Mag. **Nagl**: So, Herr Gemeinderat! In der Gemeinderatssitzung am 14. 4. haben Sie den Antrag betreffend Live-Übertragung der Sitzung des Gemeinderates gestellt. Das Präsidialamt teilt mir Folgendes mit: Eine Anfrage bei der Stadt Linz, die bis dato eine probeweise Live-Übertragung der Budget-Gemeinderatssitzung im Dezember des Vorjahres mit zehn Stunden durchgeführt hat, ergab folgendes Ergebnis. Für die Live-Übertragung benötigte Ausstattung, da gibt es dann montierte Kameras, Mischpult, Rechner zur Live-Übertragung, das Intranet, Streamer, Server, wurde von einer externen Firma einmal bereitgestellt, die Kosten für diese externe Firma betragen 5.500 Euro exklusive Mehrwertsteuer, davon 2.900 Euro Personalkosten für die technische Unterstützung, 2.600 Euro für die Miete und Zurverfügungstellung der Ausstattung. Zusätzlich fielen interne Personalkosten dann noch an für Überwachung, Bereitstellung usw., noch einmal 2.000 Euro. Für die im Fall von Live-Übertragungen von Gemeinderatssitzungen der Stadt Graz anfallenden Kosten sind im Budget der Stadt Graz keine Finanzmittel vorgesehen. Im Land Steiermark, wissen Sie, gibt es ein Standbild und es wird der Ton übertragen, so wurde es mir zumindest mitgeteilt, vielleicht ist in der Zwischenzeit noch etwas anderes passiert. Ich möchte aber, damit Sie meine Meinung wirklich dazu hören, auch die Frage gestellt ist, was ist, wenn das sogar jemand anderer zahlt, sind Sie da dafür oder nicht dafür, möchte ich meine Meinung hier kundtun. Wir haben in der Politik oder in unserer Gesellschaft momentan schon ein sehr starkes Auseinanderdriften von der Bevölkerung und den politischen Mandatarinnen und Mandataren. Und ich werde weiterhin den Versuch unternehmen, dass diese Kluft wieder kleiner wird. So lange wir hier auch eine Kultur im Gemeinderat haben, die eher die Kluft zwischen Bevölkerung und Mandataren vergrößert, bin ich kein großer Befürworter einer Live-Übertragung und ich erinnere an die Abschiedsworte von Gemeinderat Hofmann-Wellenhof, der gesagt hat, dass er es sich wünscht, dass wir es vielleicht einmal anders schaffen, aber dass es schon eigenartig ist, dass, wenn die Mandatarinnen und Mandatare die Gemeinderatstüre hier überschreiten, auf einmal ganz anders handeln und eine Maske aufsetzen und eine politische Auseinandersetzung ganz anders erfolgt, als in den Ausschüssen auch tatsächlich sachlich gearbeitet wird. Deswegen bin ich im Moment kein großer

Befürworter, die Übertragung wirklich zu forcieren, das ist meine persönliche Meinung. Kosten tut es im Übrigen auch nicht wenig und die habe ich im Budget für heuer auch nicht vorgesehen. Vielleicht ist das eine klare Antwort (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Vielleicht werde ich ergänzen dazu. Die Übertragung des Steiermärkischen Landtages ist seit der letzten Wahl oder seit Beginn dieser Legislaturperiode werden sie auch mit Bild und Ton übertragen in vorbildlicher Qualität zu günstigen Kosten, viel günstigere Kosten, wie Sie angeblich aus Linz in Erfahrung gebracht haben. Auch andere Städte, zum Beispiel in Salzburg, übertragen bereits die Gemeinderatssitzung, eine Stadt, die viel kleiner ist, Sie heben immer die Bedeutung richtigerweise der Stadt Graz hervor als zweitgrößte Stadt. Ich frage Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, gibt es außer diesen budgetären Gründen noch andere Gründe, die Sie auf die Waagschale werfen, um zu sagen, Sie möchten keine Übertragungen der Gemeinderatssitzungen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe eigentlich schon alles gesagt und die Gründe angeführt. Einerseits kostet es was und zweitens bin ich der Meinung, dass eine Übertragung der Gemeinderatssitzung, wie sie zurzeit auch sehr oft hier vonstatten geht, ich sage das immer wieder auch bezogen auf manche Diskussionen, es schon Bürgerinnen und Bürger sehr befremden würde und eigentlich ein falsches Politikbild zeigt, weil Politik heißt eigentlich, Tag und Nacht sehr viel für Bürgerinnen und Bürger an Ideen sammeln und auch umsetzen und diese Ein-Moment-Aufnahme hier im Gemeinderat entspricht eigentlich auch nicht der politischen Gepflogenheit, die wir sonst das Jahr über auch haben und auch wirklich viel weiterbringen. Also ich sehe das momentan eher als kontraproduktiv an (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.05 Uhr**3) Mehr gesundes Graz**

GR. **Hohensinner** stellt an StR. **Grossmann** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr Gemeinderat, lieber Herr Stadtrat Grossmann, lieber Michael! Vergangenen Montag war ich bei einer tollen Veranstaltung im SMZ Liebenau, genauer gesagt war das eine Abschlusspräsentation von einem dreijährigen Stadtteilprojekt, hat betroffen die Bezirke Liebenau und Jakomini, es ist hier um die Stadtteil-Gesundheit gegangen. Etwas verwundert war ich, dass der zuständige Stadtrat nicht anwesend war, wird wahrscheinlich auch seine Gründe gehabt haben. Zusammenfassend ist herausgekommen, dass es ganz wichtig ist, beim Thema Gesundheit eine gemeinsame Strategie zu verfolgen und jetzt höre ich und lese ich, dass du vorhast im Gesundheitsbereich ein Leitbild zu entwickeln.

Meine einfache

Frage:

Erkläre mir bitte den Sinn eines Leitbildes im Gesundheitsbereich.

StR. **Grossmann**: Herr Gemeinderat, lieber Kurt! Vielen herzlichen Dank für die Frage, weil sie in erster Linie uns die Möglichkeit gibt, dem Thema Gesundheit im Gemeinderat wieder eine wesentlich stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Bedauerlicherweise war es mir am Montag nicht möglich, an der Veranstaltung

teilzunehmen. Ich denke, es geht darum, ein gemeinsames Verständnis des Gesundheitsbegriffes, in erster Linie des Gesundheitsförderungsbegriffes, für die Stadt zu entwickeln, du hast in deiner Fragestellung von der dringlichen Notwendigkeit gesprochen. Ich glaube, dass es darum geht, hier wirklich ein gemeinsames Bild zu entwickeln, welche Maßnahmen wir als Stadt Graz für die BürgerInnen der Stadt Graz treffen wollen, dass wir eine Zielorientierung haben in diesem Leitbild, aber dass wir nicht das Rad neu erfinden wollen in dieser Fragestellung, sondern dass wir besonders auf bereits erfolgreich abgewickelte, in Abwicklung befindliche Projekt zugreifen, dass wir auf für die Stadt relevante Daten anderer Initiativen zugreifen können und dass wir insbesondere auch auf die zu erwartenden Ergebnisse der Gesundheitsförderungsstrategie des Landes Steiermark Bezug nehmen werden, die ja derzeit in Ausarbeitung sind, voraussichtlich der Fertigstellungstermin wird im März 2012 sein, dass wir auch dort die relevanten Dinge für die Stadt herausarbeiten können (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Wir haben, und die Antwort war wirklich sehr zu begrüßen, wir sind froh, dass im Gesundheitsbereich jetzt einer anpackt so wie du. Aber du hast mit deiner Beantwortung auch die Wichtigkeit eines Leitbildes unterstrichen, und wenn sich die Kolleginnen und Kollegen zurückerinnern, haben wir vor rund einem Jahr dringlich die Erstellung beziehungsweise Prüfung eines Sozialleitbildes beschlossen und da habe ich eine Antwort auch bekommen von der zuständigen Stadträtin. Sie lehnt die Erstellung eines Leitbildes ab mit den Worten: Es ist für mich nicht nachvollziehbar, was die Menge an Gesetzestexten mit der Notwendigkeit der Erstellung eines Leitbildes zu tun haben soll, sonst würden wir ja in vielen Bereichen der Stadt ein Leitbild brauchen. Lieber Michael, ich bin wirklich sehr froh, was du heute zum Thema Leitbild gesagt hast, dass wir da das Rad nicht neu erfinden müssen, aber dass es eben wichtig ist, sich zu vernetzen zu einem Bereich und genau das war ja auch im Sozialbereich gefordert, und bist du bereit, im Sinne deiner

heutigen Ausführungen auch auf deine Parteivorsitzende einzuwirken, dass wir im Sozialbereich auch zu einem Leitbild kommen (*Applaus ÖVP*)?

StR. **Grossmann**: Ich glaube, Herr Bürgermeister, der Gemeinderat erwartet sich noch eine Antwort von mir auf seine Zusatzfrage. Lieber Kurt, ich denke, die Frage nach dem Sozialleitbild ist da natürlich intensiv mit der Frau Sozialstadträtin zu diskutieren, wobei ich glaube, dass wir hier einen gemeinsamen Konsens haben, dass Leitbildentwicklungen nie ein Prozess sein dürfen, der uns über Jahre beschäftigt, sondern dass Leitbildentwicklungen dafür da sind, um eine gemeinsame Vorgangsweise festzustellen und auch eine Willenserklärung zur gemeinsamen Vorgangsweise festzubringen. Und ich denke, da wird es sicher noch sehr gute Gespräche geben (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.15 Uhr den Vorsitz.

4) Gestaltungskriterien für öffentliche Räume

GRin. **Haas-Wippel** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie im dringlichen Antrag vom 20. Oktober 2011 angeführt, erzeugen unüberlegt gestaltete öffentliche Räume besonders bei Frauen und älteren Menschen ein Gefühl von Unsicherheit oder Bedrohung, vor allem nachts. Dieses Angstgefühl hat durchaus weit reichende Konsequenzen für den Alltag der Betroffenen und schränkt insbesondere Frauen in

ihrer Bewegungsfreiheit ein. Um bedrohlichen Situationen aus dem Weg zu gehen, nehmen sie oft Umwege in Kauf oder lassen sich in ihrer Mobilität und in ihren Aktivitäten einschränken. Daher muss es das Ziel sein, dass künftig bereits in Planungsstadium darauf geachtet wird, bauliche Angsträume zu vermeiden und damit insbesondere Frauen bei der ungehinderten und sicheren Aneignung des öffentlichen Raumes zu unterstützen. Nach dem Prinzip sehen und gesehen werden, soll die Sicherheit und das persönliche Sicherheitsgefühl erhöht werden und damit die Chancengleichheit in der Mobilität gewährleistet werden.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende

Frage:

Welches Ergebnis liegt seitens der Baudirektion beziehungsweise Stadtplanung für die Gestaltungskriterien für sicher empfundene öffentliche Räume durch Verbesserungen der bestehenden Beleuchtungen im Sinne von Gender Mainstreaming – bezugnehmend auf den Dringlichkeitsantrag vom 20. Oktober 2011 – vor (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Der gegenständliche Antrag befasst sich eigentlich mit drei Themen. Öffentliche Räume, insbesondere im Hinblick auf die Beleuchtung, die Tiefgaragen im Hinblick auf die Beleuchtung und ein Handbuch Richtlinien für eine sichere Stadt. Die Erstellung eines Handbuchs setzt voraus, dass man im Vorfeld mit einer sehr groß angelegten Studie das gesamte Lichtkonzept der Stadt noch einmal überprüfen lässt. Da gibt es in der Baudirektion jetzt von mir den Auftrag, dass wir das versuchen sollten, wir haben ja schon 1999 mit Bartenbach eine solche Studie für den innerstädtischen Bereich inklusive der Annenstraße zum

Bahnhof hinaus gemacht. Es ist aber auch anzumerken, dass wir, was die Beleuchtung anbelangt, unterscheiden müssen zwischen dem, was subjektiv wahrgenommen wird und der objektiven Beleuchtungen, wenn ich so sagen darf, die dann auch Experten feststellen. Zum Beispiel ist beim Bau des Jakominiplatzes damals am Jakominiplatz die Bartenbachsche Systematik schon angewandt worden, was dazu geführt hat, dass der Jakominiplatz ein sehr heller Platz ist. Daraufhin haben alle Straßen, die vom Jakominiplatz wegführen, das Gefühl gehabt, dass bei ihnen wenig Licht ist. Im Vergleich zu vielen anderen Straßenzügen ist dort aber objektiv gemessen sehr viel Licht. Also man muss sehr aufpassen, wenn man hier das subjektive Empfinden abfragt, hat es oft nichts mit einer objektiven Studie zu tun. Das letzte Mal, wie wir das gemacht haben, war das im Jahre 1999 mit dem Bartenbach-Lichtlabor im Auftrag der Stadtplanung, da haben wir diese Ist-Analyse gemacht, erst danach kann man ein Handbuch ableiten. Wir wollen diesmal sogar einen Schritt weiter gehen, weil wir das Monitoring des Innenministeriums, der Bundespolizeidirektion in Graz jetzt auch miteinbinden wollen, weil es geht Ihnen in erster Linie ja auch um Sicherheit für Frauen, für Kinder, für ältere Personen und da ist es wichtig, auch einmal in Relation zu bringen ist der Lichtfaktor wirklich verantwortlich für Unsicherheiten, für kriminelle Übergriffe, wenn ich so sagen darf, also für Delikte, und da gibt es ein Monitoring, das ist sehr bürokratisch geworden bei der Polizei, wir wissen das oft, es wird jeder Fall, der in Graz registriert wird, sofort ins Internet eingegeben und es entsteht ein Monitor, wo findet gerade Verbrechen in Graz statt. Diese Daten wollen wir, wenn geht, auswerten und mit dem Lichtsystem dann in Einklang bringen, dann wissen wir wirklich, wo gibt es Defizite und wo nicht. Allein aufgrund der Diskussion kommen immer wieder zu mir, im Speziellen auch bei der Frau Vizebürgermeisterin, die Anfragen, könnten wir mehr Licht haben etc. Das kann man dann professionell beantworten und das ist das, was wir, wenn ich so sagen darf, jetzt auch ausarbeiten werden. Es ist aber auch gelungen, im Zuge der Umstellung bei der Beleuchtung auch viel bessere Verhältnisse oft mit weniger Energieaufwand zustande zu bringen. Annenstraße wird jetzt neu auch so gemacht, aber wie gesagt, ganz, ganz wichtig ist, wir wissen ja auch aus Befragungen, Sie wissen, wir haben unsere

Lebensqualitätsindikatoren, wir wissen, wo die Bevölkerung sich unsicher fühlt, das wird mit Polizei und mit Bartenbach oder anderen Profis, das muss ausgeschrieben werden, wieder dann erarbeitet werden und daraus kann man dann auch ein Handbuch ableiten (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Haas-Wippel**: Zuerst kurz eine Anmerkung, bezüglich Beleuchtungsoffensive habe ich ein Déjà-vu, denn bereits im Jahre 2007 wurde im Grazer und in der Woche geschrieben, ich darf zitieren: „In Graz sind Straßen teilweise schlecht ausgeleuchtet, ortet Nagl Nachholbedarf, auch hier wird in den nächsten fünf Jahren einiges geschehen. Die Stadt wird in einem neuen Licht erstrahlen, die Kernziele dieses Beleuchtungskonzeptes sind unter anderem die Steigerung der Verkehrssicherheit, die Prävention in der Kriminalität etc.“ Es ist positiv, wenn diese Studie erfolgen sollte im Sinne der Beleuchtungsverbesserung, allerdings müsste der Sicherheitsbegriff weiter gefasst werden, nämlich die Sicherheitskriterien bei der Gestaltung von Tiefgaragen, dann auch, dass es generell Sicherheitsstandards gibt und die gibt es ja schon, das sind ja ÖNORMEN für Frauen im öffentlichen Bereich, das ist ja auch Inhalt im schwarz/grünen Koalitionspapier, also wir haben es schon viele, viele Jahre diese Beleuchtungsoffensive, Sie kündigen sie immer wieder an, deshalb meine Zusatzfrage, wann wird das Handbuch „Richtlinien für eine sichere Stadt“ basierend auf der Grundlage der europäischen Norm 13211 und unter der Berücksichtigung der ÖNORMEN 14383 fertiggestellt sein?

Bgm. Mag. **Nagl**: Mir ist ganz wichtig in diesem Zusammenhang auch festzuhalten, dass wir als schwarz/grüne Regierungskoalition auch sehr fleißig waren und in den letzten Jahren auch seit 1999 sehr viel weitergebracht haben. Ich werde dann gleich ein paar Dinge dazu auch noch aufzählen. Wichtig ist gerade, weil Sie Tiefgaragen

jetzt angesprochen haben, sämtliche Tiefgaragen, die wir in der Stadt Graz in den letzten 15 Jahren neu errichtet haben, sind in einer Qualität geschehen, wo du dich, ich sage jetzt vom Landeskrankenhaus beginnend bis zu Kastner und Öhler bis zur Kunsthausgarage bei den Lichtkonzepten wirklich international messen lassen kannst, hier sind wunderbare Beispiele erfolgt. Selbstverständlich muss auch der private Errichter die Normen, die wir vorschreiben, auch einhalten. Da ist, glaube ich, viel gelungen. Darüber hinaus haben wir in der Stadt Graz bei fast allen Kreuzungsbereichen, bei allen Übergängen, besonders die Frau Vizebürgermeisterin, darauf geachtet, dass die Fußgängerinnen und Fußgänger mehr Licht bekommen. Wir haben im Rahmen der Errichtung der Muruferpromenade, des Hauptplatzes, die Brückenköpfe der Erzherzog-Johann-Brücke, Hauptbrücke mit dem gesamten Kunsthausumfeld, den Andritzer Hauptplatz, den Griesplatz Nord, den Platz der Freiwilligen Schützen beim Bad zur Sonne, ich könnte Ihnen eine ganze Liste aufzählen. Die Holding hat die ganzen Straßenprojekte auch mit den neuen Beleuchtungsinstallationen mit LED versucht, derzeit läuft in der Murgasse...

(Aufgrund einer technischen Störung konnte nicht die ganze Wortmeldung von Bgm. Mag. Nagl wiedergegeben werden).

5) Strukturreform MigrantInnenbeirat

GRin. **Binder** stellt folgende an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Binder**: In meiner Frage geht es um die Strukturreform des MigrantInnenbeirates. Graz war die erste Stadt Österreichs, die einen MigrantInnenbeirat eingerichtet hat, und in vielen österreichischen Städten ist Kontakt aufgenommen worden mit uns, wie habt ihr das gemacht, also wir haben hier wirklich eine Vorreiterrolle wieder einmal eingenommen, wie in sehr vielen anderen Dingen. Das erklärte Ziel des MigrantInnenbeirates ist, wie eben der Name

auch sagt, Kommunalpolitik zu beraten beziehungsweise auch die Verwaltung zu beraten.

Nun hat der MigrantInnenbeirat 2010 einen Strukturvorschlag oder einen Vorschlagskatalog eingereicht zur Strukturreform, und zwar um einerseits den MigrantInnenbeirat zu stärken in seiner Beratungsfunktion, um andererseits auch eine höhere WählerInnenbeteiligung zustande zu bringen und eben auch um besser eingebunden zu werden in die Politik und in die Verwaltung, was die beratende Funktion betrifft. Und dass sie in ihrer Beratung wirklich viel ernster genommen werden wollen, das beweisen sie und das beweisen ja auch andere Beiräte, wie zum Beispiel auch der Frauenrat, der gestern eine Sitzung hatte (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), auch die Männer können sich das anhören da herinnen, der Frauenrat, der wieder einmal sehr, sehr stark bekundet hat, verstärkt in Beratungsfunktion nicht nur gehen zu wollen, sondern dass diese Beratungsfunktion auch, was die Programme der einzelnen Stadträte und Stadträtinnen betrifft, sich verstärkt hier einzubringen. Dies nur als Beispiel, wie ernstzunehmend Beiräte sind. Die Gemeinderatsperiode ist bald zu Ende und ich stelle an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Wann werden Sie mit den Mitgliedern des MigrantInnenbeirates unter Einbindung der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen Gespräche über die notwendige Strukturreform des MigrantInnenbeirates Kontakt aufnehmen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Der MigrantInnenbeirat hat einige Vorschläge für eine Reform vorgelegt. In erster Linie ging es um Räumlichkeiten, um eine Bezahlung des oder der Vorsitzenden und der Mitglieder und um mehr frei verfügbare Budgets sowie den Wunsch, im Bereich der Verwaltung

und der Politik auch, wenn ich so sagen darf, stärker mitspracheberechtigt zu sein. Die VertreterInnen waren damals bei mir, es wird auch jetzt wieder einen Termin geben und wir haben über die Vorschläge gesprochen, aus meiner Sicht gibt es aber im Moment nur in einem Punkt einen Handlungsbedarf, der dringlich ist. Persönlich meine ich zwar, dass eine Besetzung des Beirates stärker nach der tatsächlichen Anzahl der in Graz aufhaltenden ethnischen Gruppen erfolgen sollte, das wird aber von den Mitgliedern des Beirats aus verschiedenen Gründen anders gesehen. Sie wissen, ich bin sehr gerade auf sie zugegangen und habe gesagt, wir haben jetzt ein Wahlsystem, das aus meiner Sicht sich eigentlich auch ersparen könnte und vielleicht auch auf ein anderes Modell einmal umsteigen könnte, wo wir allen Gruppierungen, die es in Graz gibt, auch laufend die Möglichkeit der Partizipation geben könnten, aber es wird anders gesehen. Ich nehme es zur Kenntnis und dann soll es so bleiben. Eine finanzielle Abgeltung der Arbeit im MigrantInnenbeirat ist aus meiner Sicht nicht möglich, weil wir auch sonst in keinem Beirat etwas bezahlen, wir finanzieren dafür aber einen hauptberuflichen Geschäftsführer und eine Sekretärin. Die räumliche Situation, glaube ich, haben wir schon ganz gut verbessert, der Beirat ist jetzt gemeinsam mit dem Integrationsreferat und dem Friedensbüro in der Wielandgasse untergebracht, was die Kommunikation erleichtert. Wir versuchen auch noch im Haus die vom Beirat geforderten zusätzlichen Räume zur gemeinsamen Büronutzung für Vereine zustande zu bringen und das Thema Tanzproben für Volksgruppen, Gymnastik, also alles, was an Programmatik vorgesehen ist, auch in der Wielandgasse zu lösen und ich hoffe, dass uns das bald gelingen wird. Der Beirat hat in der Periode zwei große, und das möchte ich hier sagen, EU-Projekte durchgeführt, das Projekt Mariental, wo es um Beteiligungsmodelle für MigrantInnen im internationalen Kontext gegangen ist, die Ergebnisse der parallel gelaufenen Befragung kann ich auch gerne jedem übermitteln und das Projekt MigrantInnen und Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich, das war eine öffentliche Veranstaltung, das hat vor zwei Wochen auch in diesem Saal stattgefunden. Aus meiner Sicht hat der Beirat in dieser Periode wirklich eine ganz, ganz tolle Arbeit für Graz geleistet, wir werden selbstverständlich, was die Wahlen anbelangt, im Herbst auch wieder über die BIG speziell auf das

Thema Wahl für Migrantinnen und Migranten eingehen, so wie wir das letzte Mal auch gelöst haben, damit möglichst viele Menschen auch dann an der Wahl teilnehmen. Das, worüber wir einmal auch noch diskutieren sollten, und das biete ich auch an, ist die Frage, wie kann in der Verwaltung bei all dem, was wir politisch vorhaben oder Stücke eingebracht werden, auch der MigrantInnenbeirat einbezogen werden. Sie wissen natürlich, dass alles, was wir beschließen, Auswirkungen auf das Leben der Menschen hier hat und da sind alle betroffen, somit, wenn ich so sagen darf, sind alle Stücke auch Stücke, die den MigrantInnenbeirat interessieren. Es ist natürlich aber auch weiterhin so, dass in unserer Geschäftsordnung und auch politisch gewollt, ganz klar ist, dass es nicht eine Ausschussarbeit sein kann etc., das kann ein Beirat nicht leisten. Aber über diesen Punkt sollten wir uns noch unterhalten (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder:** Danke für Ihre Antwort, Herr Bürgermeister. Ja, der MigrantInnenbeirat ist sehr aktiv gewesen in dieser Periode, auch in der vorigen, aber diesmal ist mir besonders aufgefallen, wie aktiv er sich auch eingebracht hat in die Kommunalpolitik, was mir aber schon noch fehlt, ist tatsächlich die Frage nach dem Geld. Da geht es mir jetzt nicht um irgendwelche Unkostenbeiträge für die Mitglieder des MigrantInnenbeirates, sondern der MigrantInnenbeirat wird gewählt genauso wie der Grazer Gemeinderat. Er hat nur kein Budget und es ist, glaube ich, wirklich sehr schwierig für den MigrantInnenbeirat, ohne Budget auch entsprechend sich in der Öffentlichkeit, in der migrantischen, aber auch in der anderen Öffentlichkeit bemerkbar zu machen und um auch die Bedeutung entsprechend für die Wahl hervorstreichend. Daher noch einmal meine Frage Herr Bürgermeister, sehen Sie eine Möglichkeit, für die kommende Wahl dem MigrantInnenbeirat doch ein Budget zu ermöglichen, das ihm einen autonomen Handlungsspielraum ermöglicht?

Bgm. Mag. **Nagl**: Der MigrantInnenbeirat der Stadt Graz hat ein Budget, das wird über das Präsidialamt ja auch abgewickelt, darüber hinaus ist es ja auch möglich, dass der MigrantInnenbeirat, er soll keine Projekte selbst machen, sondern welche empfehlen, auch ganz normal bei unserer Integrationsstelle auch abholen kann. Wahlkampfmittel, wenn ich so sagen darf, haben wir keine vorgesehen, haben wir das letzte Mal nicht getan und ich habe es auch heuer nicht im Budget (*Applaus ÖVP*).

6) Überarbeiteter Entwurf des STEK 4.0 – Durchwegung von Heimgärten

GRin. **Schloffer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Die Frage hat wieder einmal mit den Heimgärten und mit dem Entwurf des STEK 4.0 zu tun. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auf meine Frage an Sie in der Gemeinderatssitzung am 20. 10. des Vorjahres – „Sind Sie für die öffentliche Durchwegung bei bestehenden Heimgärten „ – bekam ich von Ihnen sinngemäß die Antwort, dass dies vom Tisch wäre. Wörtlich sagten Sie laut Protokoll unter anderem: „Ich kann Ihnen aber gleich die Sorge nehmen und damit auch allen ÖVP- und SPÖ-Wählern in den Heimgärten, dass im künftigen Stadtentwicklungskonzept eine ganz andere Formulierung stehen wird als die Erstformulierung, die unglücklich war.“ Und: „Das heißt, es soll so nicht sein und deswegen werden wir in allen bestehenden Heimgartenanlagen nicht eingreifen.“

Beim Durchlesen des überarbeiteten Verordnungsentwurfes für das STEK 4.0 musste ich feststellen, dass sich an der von Ihnen als unglücklich bezeichneten Erstformulierung fast nichts geändert hat. Ich zitiere den aktuellen Textvorschlag: „Öffentliche Durchwegung und Einbindung von Kleingartenanlagen in einen Grünverbund, insbesondere bei Neuanlagen.“ Von einer Garantie dafür, dass bestehende Heimgartenanlagen in Ruhe gelassen werden, kann keine Rede sein.

Ich war etwas entsetzt und bitte um Aufklärung.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wie erklären Sie sich den Widerspruch zwischen Ihren Aussagen in der Gemeinderatssitzung am 20. 10. des Vorjahres zur Frage der Durchwegung von Heimgärten und der aktuellen Formulierung im Verordnungsentwurf des STEK 4.0 (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Im Entwurf des STEK 4.0 lautete die Passage, öffentliche Durchwegung und Einbindung von Kleingartenanlagen in einen Grünverbund. Im derzeitigen in Anhörung befindlichen Entwurf 2 hingegen heißt es, öffentliche Durchwegung und Einbindung von Kleingartenanlagen in einen Grünverbund, insbesondere bei Neuanlagen. Es wurde also den vorgebrachten Einwendungen, und ich verweise darauf, dass wir einen Unterausschuss haben, die diese Textformulierungen ja vorbereiten, mit einer Klarstellung Rechnung getragen. Es besteht nicht die Absicht, systematisch Geh- und Radwegverbindungen durch bestehende Kleingartenanlagen zu errichten. Bei Neuanlagen hingegen wird man dies, wo zweckmäßig, sehr wohl tun und in der Planung entsprechend künftig berücksichtigen, sodass es auch entlang der öffentlichen Wege gut nutzbare und hochwertige Kleingärten entstehen. Mir ist aber auch ganz wichtig, dass man dazusagt, dass eine Durchwegung eines Kleingartens nicht gleichbedeutend heißt, dass der Kleingarten offen ist und dass jeder um seine Tomaten und Blumen fürchten muss, weil das ist einmal ein ganz wichtiger Punkt. Wenn Sie sich daran erinnern, wie wir das Problem Schörgelgasse gelöst haben, befindet sich jetzt links und rechts von einem Geh- und Radweg so eine Durchwegung, ein Zaun, dementsprechend auch die

Schlösser dazu, das heißt, es ist nicht möglich, dass fremde Personen hier eindringen, das ist einmal ganz wichtig, weil es wird manchmal auch in den Heimgärten so verbreitet so nach dem Motto, Achtung, da gibt es eine Durchwegung und dann kann jeder da hineingehen und dann hätten wir Vandalismus und Störung, wir müssten aufpassen und uns fürchten. Das soll sowieso nie sein, also die Vorgangsweise bei einer Durchwegung auch für Neuplanungen muss so sein, dass man durchkann. Mir ist jetzt wichtig, es gibt öffentliches Interesse und da können wir auch nicht drüber hinweg schauen, ich habe ein paar Beispiele, die können wir vielleicht dann auch im Anschluss einfach einmal anschauen, wir haben große Heimgartenanlagen, die zum Teil sogar Straßen durch ihre jetzigen Gemeinschaftsanlagen haben und die, wenn ich so sagen darf, ein Hüben und Drüben sehr wohl leben. Mir ist wichtig, dass wenn wir feststellen, auch aufgrund neuer Entwicklungen, da gibt es ein paar, wenn ich Diskussion zum Beispiel in Schönau, wenn wir wissen, dass vielleicht einmal die Kirchnerkaserne und die ganze Ostbahnhofentwicklung kommt, dass du als Fußgänger in Graz keine Chance hast, irgendwo durchgehen zu können oder als Radfahrer auch durchzukommen, muss man das, glaube ich, mit den Verantwortlichen der Heimgärten und Heimgartenanlagen ganz unaufgeregt diskutieren und sagen, wollen wir das wirklich allen Menschen zumuten, dass sie, ich sage einmal, fast einen Kilometer oder ein paar hundert Meter ums Eck gehen müssen, um wieder wohin zu gelangen. Das Problem haben wir ja auch immer im Naturschutzbeirat, die uns auch immer wieder sagen, in Graz hast du mit der Durchwegung schon so ein Problem, da hat es einmal auf der Technischen Uni ein Projekt gegeben, wo gesagt worden ist, wer kommt in wie vielen Minuten zu dem Aussichtspunkt und dann war es unglaublich, wie sie die Streckenführung wählen mussten um dort überhaupt hinzukommen. Solche Bereiche haben wir in Graz mehrere, deswegen hat die Stadtplanung in der Verantwortung, die sie hat, auch für die Gesamtheit aller Menschen in Graz gesagt, darüber sollten wir diskutieren, es soll nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden. Ich glaube, so sollte man es auch einmal an die Präsidenten, an die Vorstände, an die gesamten Persönlichkeiten, die hier in Sorge sind, herantragen und einfach einmal sagen, ist das denkbar, wenn da

die Stadt Graz einen Gehweg für Menschen ermöglicht, damit, ich sage jetzt einmal, jemand noch auch mit 70 Jahren zum Einkaufen nicht einen Umweg machen muss oder was, das man über so etwas einmal diskutieren. Deswegen hat man auch in diesem Ausschuss momentan die Formulierung gefunden, es soll insbesondere künftig nicht mehr passieren, dass man darauf vergisst, aber wir beabsichtigen in keinsten Weise, über irgendjemanden darüberzufahren oder sie da hineinzuzwingen. Ich glaube, das kann man mit Aufklärungsarbeit und mit Gesprächen vielleicht ganz gut hinkriegen. Es gibt im Moment keinen Fall, wo wir da Druck machen wollen, deswegen so die Formulierung. Also ich stehe schon dazu, wir wollen da keine Öffnung haben, dass Menschen auf einmal unsicherer werden und vieles mehr, aber in ein paar Fällen, wenn man es sich ehrlich anschaut, muss man sagen, was sagen wir allen anderen Menschen, die nicht in der glücklichen Lage sind, einen Heimgarten zu haben, weil es können manche, die einen Garten haben, durchgehen, andere wiederum nicht und über das muss man einfach fair und offen mit den Menschen reden. Vielleicht wird dann dort oder da sogar so ein Problem gelöst, aber es ist für mich kein Widerspruch. Die Formulierung ist im Moment noch so, wir können auch im Rahmen des gesamten STEK-Prozesses auch noch einmal daran feilen, ich glaube, Einspruch gibt es ja eh dagegen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Schloffer**: Dann habe ich das das letzte Mal falsch verstanden, daher jetzt einmal die Zusatzfrage. Es ist jetzt nicht sicher, dass bei den bestehenden Heimgärten in Zukunft keine oder dass es eingegriffen wird, auch bei bestehenden in Zukunft. Bei den bestehenden Heimgärten, die jetzt alle so gibt, dass es auch in Zukunft sein kann, dass man sie aufmachen muss für eine öffentliche Durchwegung, habe ich das jetzt so, kann sie in Zukunft aufmachen, wenn es erforderlich ist, bei den bestehenden, bei den neuen, von denen ist ja keine Rede, da ist es mir klar, dass man sie anders plant, da kommt es ja von der Planung, das ist mir klar, aber das heißt, man kann auch in die bestehenden eventuell, wenn es sein muss, aufmachen, dass die Leute

durchspazieren können, habe ich das jetzt so richtig mitgekriegt? Weil letztens habe ich es anscheinend falsch verstanden dann.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also wir beabsichtigen, keine Durchwegung ohne Zustimmung einer Heimgartenanlage durchzuführen, Punkt 1. Punkt 2, wir sind ja, und das muss man sich ja vom Grundstück her anschauen, gar nicht immer berechtigt, das heißt, wenn das ein Privatgrundstück eines Unternehmens ist, dann können wir nicht hergehen und sagen, wir hätten gerne eine Durchwegung. Ich glaube, diesen Interessenskonflikt, den es hier gibt, den kann man de facto auch nur im Gespräch lösen. Das Einzige, was wir festhalten wollen, dass es insbesondere aufgrund des STEK für alle neuen sein soll und dass es auch die Möglichkeit geben soll, eine Durchwegung zu schaffen. Ich kann nur noch einmal betonen, auch bei den bestehenden Anlagen einfach einmal hinschauen, kann man vielleicht dort oder da was schaffen, aber das sollte nur im Gespräch mit den Heimgartenanlagen passieren, wenn wir auch die Berechtigung dazu haben. Wenn das ein privates Grundstück ist, können wir das gar nicht tun. Im Moment haben wir auch gar keinen Fall, es sagen uns nur unsere Planer, die wir haben, Achtung, bitte passt auch auf das öffentliche Interesse auf, es gibt neue Siedlungsentwicklungen in Graz und da wird eine Durchwegung, ist ja keine Autobahn, die durchgeht und die Schörgelgasse zeigt, dass man es leben kann. Für mich nur interessant bei den Beispielen, wo die Stadtplanung darauf aufmerksam macht, sieht man schon, dass manchmal sogar jetzt schon Straßen durchgehen, das heißt, sie sind jetzt schon geteilte Gärten, vielleicht ist dann halt ein Zaun noch mehr, aber niemals so öffnen, dass jeder durchlaufen kann (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

7) Die „unendliche“ Geschichte der 4 HLF der Grazer BF

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StRin. Mag.^a **Grabner** folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadtrat! In der vergangenen Gemeinderatssitzung habe ich Sie wieder einmal, wie sehr oft, die unendliche Geschichte der 4 HLF der Grazer Berufsfeuerwehr an Sie die Frage gerichtet. Sie haben mir dann geantwortet, dass am 26. Jänner gibt es einen Termin, wo Sie uns oder mich dann über die Ergebnisse informieren werden. Leider bis heute haben Sie weder den zuständigen Fachausschuss noch den ebenfalls befassten Kontrollausschuss, noch dem höchsten politischen Organ der Stadt Graz, dem Gemeinderat, einen Bericht vorgelegt.

Im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs richte ich deshalb an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Wie lange gedenken Sie, diese Anschaffung noch zu verzögern (*Applaus FPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Vielen Dank für die Frage. Eine unendliche Geschichte und keine Verzögerung, wie auch von meiner Seite her besprochen und auch versprochen, denn die Firma Rinke konnte uns die neue Einsatztaktik am Dienstag präsentieren im Beisein auch natürlich von der Branddirektion und der Magistratsdirektion, und hier wurde nicht nur die Empfehlung ausgesprochen, dass jetzt zwei Hilfslöschfahrzeuge, die angeboten wurden, angekauft werden und eine neue flexiblere Einsatztruppe von weiteren zwei

Kompaktfahrzeugen dann ausgeschrieben wird, denn das ist für die Zukunft und für die Stadt Graz das beste Konzept.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sie haben leider die Frage meines Erachtens nicht ganz beantwortet, aber das bin ich eh schon gewöhnt. Für mich jetzt die Frage, nachdem ich das heute der Zeitung entnommen habe, werden Sie in Zukunft einen anderen Weg beschreiten und zuerst Studien in Auftrag geben und dann Bestellungen in Auftrag geben oder wollen Sie das auch weiterhin so machen?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Ja, ich werde das in Zukunft auch so machen, wenn es notwendig ist, neue Rahmenbedingungen zu setzen und zwar in Zukunft genau für unsere Bevölkerung, für die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, denn auf diesen Weg haben wir uns rund, also mehr wie 75.000 Euro erspart und ich denke im Sinne einer Einsparung ist es immer wieder richtig, Dinge zu hinterfragen, Rahmenbedingungen ändern sich und hiermit stehe ich sehr dazu und werde das in Zukunft auch so tun, ja, Herr Gemeinderat (*Applaus ÖVP*).

(GR. Mag. Korschelt überreicht ein Spielzeug-Feuerwehrauto)

8) Initiativen zur Eindämmung der Feinstaub-Belastung in Graz

GR. **Schröck** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Schröck:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Welche konkreten Initiativen werden Sie im eigenen Wirkungsbereich gegen die inakzeptabel hohe Feinstaubbelastung setzen?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Danke für die Anfrage. Folgende Maßnahmen werden gesetzt: Über Förderungen aus dem Feinstaub- und Energiefonds werden Heizungsumstellungsfernwärme, also Heizungsumstellung, finanziert im Bereich von vier Millionen Euro für 3.138 Wohnungen, Solaranlagen, thermische und Photovoltaik für 14.000 m² Kollektorfläche, Radabstellanlagen, Serviceboxen, betriebliche Transportfahräder, umweltfreundliche Flottenfahrzeuge, insbesondere Taxis, Logistik, soziale Dienste, Fahrschulen, Zustelldienste, dann im Bereich der Heizanlagen Energie, da geht es um den Ausbau von Abwärmenutzung, Marienhütte, die umgesetzt wurde, die Vorbereitung weiterer Einbindung zusätzlicher Abwärme in das Grazer Fernwärmenetz, technische Adaptionen zur Erhöhung der eingespeisten Wärmemenge, Umstellung von rund 500 Wohneinheiten auf Fernwärme in stadteigenen Gebäuden, Durchsetzung der Fernwärmeanschlussverpflichtung, Entwicklung des Solardachkatasters und Umsetzung desselben, Entwicklung von Bauhandbuch mit ökologischen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Grundlagen für das Bauen in der Stadt Graz, schulisches Mobilitätsmanagement, betriebliches Mobilitätsmanagement, Ökoprofit Mobilitätsmanagement, das Projekt Luftibus, Radfahrtraining für Kinder, SeniorInnen, EmigrantInnen, die Teilnahme am autofreien Tag jedes Jahr am 22. 9., die Unterstützung der Aktion Autofasten, Förderung des Car Sharings, das Willkommenspaket für ZuzüglerInnen, Infrastrukturausbau für den Fahrradverkehr, ÖV-Beschleunigungsmaßnahmen, Entwicklung Mobilitätskonzept 2020 für Graz, Frischluftticket 2010, Umsetzung differenzierten Winterdienstes, Schwerpunkt umweltverträgliche Mobilität beim Grazer Umweltfest, Plakataktionen, Feinstaubampel, Info-Aktionen vor Weihnachten und vor Ostern, Grünschnittaktion

zu Ostern, Erweiterung des Luftgüte-Infopoints am Eisernen Tor, Ausbau der Online-Informationssysteme zur Luftgüte. Das ist eine Auswahl an den Maßnahmen, die in beiden Bereichen Verkehr und Umwelt gesetzt werden, einige davon, wie gesagt, mit Mitteln aus dem Feinstaubfonds, ein Stück ist heute auch im Gemeinderat wieder als Bericht, da geht es um die gemeinschaftliche Umsetzung der Umstellung von städtischen Wohnungen, wo wir bis Ende dieses Jahres an die 500 Wohnungen auf Fernwärme umgestellt haben (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck**: Zunächst einmal danke für diesen liebevollen Vortrag. Können Sie die ungefähren Kosten für diese Initiativen benennen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich kann Ihnen die Kosten, die wir im Bereich der Feinstaubmittel aufgewendet haben, kann ich Ihnen benennen. Im Bereich der Solarförderungen wurden 1,2 Millionen Euro ausgegeben, im Bereich der Feinstaubumrüstungen, Fernwärme sind vier Millionen Euro umgesetzt worden, im Bereich der Fahrzeugumrüstungen an die 30.000 Euro, die Wohnhausanlagen, die stadteigenen sind noch einmal mit 2,5 Millionen usw. Alles im Detail kann ich Ihnen nicht aufzählen, aber es sind aus dem Feinstaubförderungsfonds natürlich einige Millionen in dieses Paket geflossen. Zum Teil auch mit Unterstützung des Landes, heuer wiederum eine Million zum Beispiel, die vom Land für die Fernwärmeumrüstung dazukommt (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Allein 12 Millionen für den Fernwärmeausbau jährlich bei der Energie Graz, ist auch eine schöne Summe, die einmal gesagt werden soll.

9) Technische Ausstattung der SozialarbeiterInnen

GR. **Rajakovics** stellt an StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Mehrmals wurde hier im Gemeinderat bereits über das Einfinden Ihres Sozialbereichs in die Sozialräume gesprochen, Kollege Baumann hat dazu mehrere Anträge gestellt, dazu gibt es wenig Bereitschaft. Heute geht es mir aber um ein anderes Thema. Sie betonen gerne die knappen Ressourcen Ihres Ressorts. Diese machen es sicher notwendig, anfallende Arbeit möglichst effizient zu organisieren.

Sie selbst, soweit ich das beobachten konnte, nutzen das Mobiltelefon häufig, offensichtlich auch, um damit Informationen einzuholen beziehungsweise um rasch zu kommunizieren.

Besonders im Umgang mit KlientInnen ist es im Sozialbereich wichtig, möglichst viel an Informationen über den/die Einzelne parat zu haben, um entsprechend rasch und effizient helfen zu können.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Wie ist die technische Ausstattung der SozialarbeiterInnen in Ihrem Bereich?

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Rajakovics! Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Sozialamtes sind alle mit einem Handy der Marke Nokia ausgerüstet und weiters haben alle einen Festnetzanschluss mit entsprechender Nebenstelle. Jede Außenstelle hat ein MFP-Gerät zur Verfügung mit dem gescannt, kopiert und gefaxt werden kann, wenn dieses Gerät keine Faxfunktion

eingebaut hat, gibt es ein Extra-Faxgerät. Jede Sozialarbeiterin beziehungsweise jeder Sozialarbeiter ist mit einem PC-Arbeitsplatz ausgestattet und ist somit per E-Mail erreichbar beziehungsweise hat einen Internetzugang und auch den Zugang zu den Datenbanken des Sozialamtes. Nun zu Ihrer Anfrage und prinzipiell zu Ihrem Motivenbericht. Ich glaube, Sie hatten keinen guten Tag, als Sie diese Anfrage formuliert haben, die ist sehr patschert und auch sehr unhöflich formuliert, wenn ich das anmerken darf, und, ja, Herr Gemeinderat, ich habe ein Handy und ich nutze es auch, so wie jeder Stadtrat und jede Stadträtin das auch tut, ich glaube, das ist jetzt nicht so sensationell.

Zwischenruf GR. Schröck: Sie fotografieren Schuhe.

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck:** Und, habe ich auch einmal gemacht, richtig, Herr Kollege, und wenn Sie schreiben, dass ich jetzt offensichtlich auch verwende (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), um damit Informationen einzuholen beziehungsweise rasch zu kommunizieren, no na, jetzt drängt sich schon die Frage auf, wozu benutzen Sie ihr Handy (*Applaus SPÖ*)?

GR. **Rajakovics:** Eigentlich wollte ich nur den Hinweis geben, in welche Richtung die Frage gehen könnte, weil ich vor vier Jahren eine ähnliche Frage gestellt habe, damals an eine Kollegin, also Ihre Vorgängerin. Im Sozialbereich ist es nämlich so, dass sehr viel, und ich glaube, dass es auch in der Logik der Sache ist, dass sehr viel vor Ort bei Klienten gearbeitet werden muss und ich habe schon mehrmals angeregt und eben vor vier Jahren auch in einer Anfrage, dass man nicht einen festen fixen Arbeitsplatz

mit PC-Ausstattung, sondern dass man Laptops verwendet, weil sehr vieles von dem, was an Anfragen gestellt wird, mit dem PC entsprechend ausgerüstet sein müsste. Die Zusatzfrage ist, sind Sie bereit, darauf einzuwirken und entsprechende Mittel auch in die Hand zu nehmen, dass in Zukunft die SozialarbeiterInnen mit Laptops ausgestattet ihrer Arbeit nachgehen können (*Applaus ÖVP*)?

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Herr Kollege Rajakovics, Sie sind ja sehr Laptoperfahren, Sie schauen ja oft sehr, sehr lange in Ihren Laptop, den Sie jedes Mal bei der Gemeinderatssitzung mithaben, das ist grundsätzlich ein anderes Verständnis als das, was meine Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben. Wenn die vor Ort sind, dann geht es darum, ein Gespräch zu führen, dann geht es darum, Erhebungsarbeit zu führen, und stellen Sie sich einmal vor, wenn Sie ein direktes Gespräch haben und es sitzt Ihnen jemand gegenüber, der ständig nur mit einem Laptop dasitzt, Daten reinklopft, womöglich irgendwelche Daten herunterholt, das ist nicht der Zugang der Sozialarbeiterinnen und der Sozialarbeiter und da können Sie auch gerne meine MitarbeiterInnen fragen, ob sie so ein Gerät haben wollen und sie werden die eindeutige Antwort bekommen, nein...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Das ist ein Irrtum, fragen Sie sie einmal.

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: ...und meine Fraktion war es nicht, die das Projekt der Sozialarbeiter light vorgeschlagen hat, so wie Sie das im Wahlkampfprogramm 2007 oder 2008 gemacht haben, weil wir haben andere Qualitätskriterien und andere Ansprüche an unsere Tätigkeiten (*Applaus SPÖ*).